

Frankfurter
Rundschau, 17.1.02

Stoiber lehnt Gesetz zur Zuwanderung ab

Industrie dringt trotz Arbeitslosigkeit auf Regelung

Von Vera Gaserow und Iris Hilberth

Im Streit um das Zuwanderungsgesetz verhärten sich die politischen Fronten. Während Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) einen Kompromiss mit der Union weiter für „erreichbar“ hält, bezeichnete der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, Edmund Stoiber, ein Gesetz mit „rot-grüner Handschrift“ als nicht akzeptabel. Im Innenausschuss des Bundestags betonten Experten die Notwendigkeit von Zuwanderung auch bei hoher Arbeitslosigkeit.

BERLIN/KREUTH, 16. Januar. Stoiber bleibt in der Diskussion um das Zuwanderungsgesetz bei seiner strikten Ablehnung des Entwurfs von Schily. Er sehe darin „keine Grundlage“, sagte der Kanzlerkandidat der Union am Mittwoch bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth. Einen Kompromiss halte er nur für möglich, wenn die rot-grüne Regierung Antworten auf die Fragen der Union gebe, „wer zum Beispiel die Milliarden für die Integrationsbemühungen zahlen solle“. Ein Zuwanderungsgesetz noch vor der Bundestagswahl auf den Weg zu bringen, so wie es auch Vertreter der Industrie gefordert hatten, „liegt jetzt an der Bundesregierung“, sagte Stoiber.

Auch der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach äußerte sich skeptisch. Im Gespräch mit der *FR* nannte Bosbach einen Katalog von gut einem Dutzend Bedingungen, die aus Sicht der Union erfüllt werden müssten. Dabei gehe es nicht um „marginale, sondern um substantielle Änderungen“ an dem rot-grünen Zuwanderungsent-

wurf. „Wenn die Bundesregierung dazu nicht bereit ist, kann ich mir eine Einigung nicht vorstellen“, sagte der Vize-Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) appellierte hingegen an den Kanzlerkandidaten ihrer eigenen Partei, „dass er nichts unversucht lässt, um zu einer gemeinsamen gesetzlichen Regelung zu kommen“. Der bündnisgrüne Innenpolitiker Cem Özdemir sagte, er rechne nicht mehr mit einem Konsens über die Zuwanderung vor der Bundestagswahl.

Bei der Sachverständigenanhörung des Innenausschusses warnten Experten davor, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung gegeneinander auszuspielen. Ohne den Zuzug von Fachkräften könne Deutschland seine derzeitige Wertschöpfung nicht wahren oder gar stärken, sagte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda. Jedes zweite Unternehmen in Deutschland könne geplante Investitionen nicht tätigen, weil ihm Fachkräfte fehlten, warb der Vertreter des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Robert Henkel, für eine rasche gesetzliche Zuwanderungsregelung. Trotz vier Millionen Arbeitslosen fehlten eine Million Arbeitskräfte, „wir müssen die Menschen anlocken“.

Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen kritisierten den rot-grünen Zuwanderungsentwurf als „Reformruine“, der sogar zahlreiche Verschlechterungen für Ausländer beinhalte. Das Gros der Sachverständigen begrüßte jedoch das Vorhaben. Experten wie der Osnabrücker Historiker Klaus Bade sprachen von einer „bahnbrechenden Politikwende“.